

Herbstsession 2021

Sessionsrückblick - 2. Woche



Energie

Der Nationalrat knüpft Investitionsbeiträge an den Ausbau von Kleinwasserkraftwerken nicht an die Umsetzung des Gewässerschutzes und des Fischereigesetzes. Bei der Fotovoltaik hält er an Auktionen für Unterstützungsbeiträge sowohl für Anlagen mit als auch ohne Eigenverbrauch fest. Im Einklang mit dem Ständerat verlängerte er am Montag den Wasserzins bis 2030. Der Rat folgte weitestgehend seiner Kommission und strich etliche Änderungen des Ständerats. Dabei verwies die Ratsmehrheit auf den in Arbeit stehenden Mantelerlass mit der Revision des Energie- und Stromversorgungsgesetzes. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

Güterverkehr

In der Schweiz sollen Güter in Zukunft nicht nur auf den Strassen oder Bahnlinien transportiert werden, sondern auch unterirdisch. Der Nationalrat hat als Zweitrat dem entsprechenden neuen Bundesgesetz mit 137 zu 34 Stimmen bei 15 Enthaltungen zugestimmt. Das Gesetz geht zur Bereinigung der letzten Differenzen zurück an den Ständerat. Es regelt die Voraussetzungen, unter denen das privatwirtschaftlich aufgegleiste Projekt "Cargo sous terrain" (CST) bewilligt werden kann. Eine Mitfinanzierung durch den Bund ist nicht vorgesehen. CST ist ein Projekt von Mobiliar, SBB, Post, Swisscom, Coop und Migros. Der Vollausbau soll ein Netz von 500 Kilometern umfassen. Das Projekt kostet bis zu 35 Milliarden Franken und soll bis 2045 abgeschlossen sein.

Flugreisen

Der Nationalrat will neue Regeln zur Verwendung der Verkehrsmittel für Reisen von Parlamentsmitgliedern etablieren. Nur wenn die Zugreise länger als sechs Stunden dauert oder eine zusätzliche Übernachtung notwendig ist, soll ein Flugticket bezahlt werden. Die grosse Kammer hat am Dienstag einer entsprechenden Vorlage mit 114 zu 64 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Stimmt auch der Ständerat zu, unterliegen Parlamentarier und Parlamentarierinnen künftig den gleichen Regeln wie Mitarbeitende der Bundesverwaltung.

WEF

Nach hörbarer Kritik aus der Politik will sich das World Economic Forum (WEF) stärker an den Sicherheitskosten des Anlasses beteiligen. Das Parlament hat nun dem Bundesbeitrag an die nächsten drei Jahrestreffen in Höhe von jährlich 2,55 Millionen Franken zugestimmt. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit sei das nationale Interesse an der Durchführung des WEF-Jahrestreffen aufgrund der internationalen Ausstrahlungskraft hoch. Die Fraktionen von SVP, Mitte, FDP und GLP befürworteten deswegen die durch den Bund gewährleistete Unterstützung. Ein Teil der Ratslinken wollte nicht auf das Geschäft eintreten. Franziska Roth (SP/SO) kritisierte die fehlende Transparenz der privaten WEF-Stiftung. Das sei angesichts der hohen Beteiligung der öffentlichen Hand nicht hinnehmbar.

Sicherheitspolitik

Die Schweiz kann künftig auf das französische Satellitensystem Composante Spatiale Optique (CSO) zugreifen, um zu hochwertigem Bildmaterial zu gelangen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einem bilateralen Abkommen und einem Verpflichtungskredit von 82 Millionen Franken zugestimmt - mit 146 zu 36 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Frankreich stationiert 2022 mit CSO drei hochmoderne Bildaufklärungssatelliten im Weltraum. Der jährliche Betrieb und Unterhalt schlägt für die Schweiz mit 2,5 Millionen Franken zu Buche.



Das Projekt bringe eine markante Steigerung des Nutzens für nachrichtendienstliche Zwecke und sei mit der Neutralität vereinbar, sagte Verteidigungsministerin Viola Amherd im Rat.

Da die Beteiligung am französischen Aufklärungsprogramm zu einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis erfolgt und gleichzeitig die Neutralität der Schweiz gewahrt werden kann, ist die SVP-Fraktion auf den Bundesbeschluss eingetreten und hat ihm zugestimmt.

Selbstverständlich erhoffte sich unsere Fraktion auch, dass mit einem Ja zum Bundesbeschluss ein positives Signal in Richtung unseres Nachbarlandes Frankreich gesendet werden kann, und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron derart in Verzückung gesetzt wird, dass das im November geplante Arbeitstreffen zwischen ihm und unserem Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin doch noch stattfinden kann.

Das Votum für die SVP-Fraktion habe ich übernommen. Es ist unter folgendem Link ersichtlich:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-videos?TranscriptId=288014>



Bundesanwaltschaft

Die Bundesanwaltschaft und ihre Aufsicht sollen mit einer Gesetzesrevision reformiert werden. Dieser Meinung ist nach dem Ständerat auch der Nationalrat. Er hat eine entsprechende Motion gutgeheissen - mit 128 zu 45 Stimmen bei einer Enthaltung.



Nun kann sich der Bundesrat an die Arbeit machen. Im Vordergrund steht eine "Status quo plus"-Lösung, wie sie die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) beider Räte vorgeschlagen hat. Damit bliebe die Bundesanwaltschaft eigenständig und würde weiterhin von einer unabhängigen Aufsichtsbehörde kontrolliert. Allerdings müssten die Kompetenzen der Aufsicht geklärt und gestärkt werden, empfahlen die GPK. Es stelle sich auch die Frage, ob die Bundesanwaltschaft vielleicht besser im Kollegium geleitet würde.

OECD

In der Schweiz soll eine ständige parlamentarische Delegation bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschaffen werden. Der Nationalrat hat als Zweitrat einer entsprechenden Vorlage zugestimmt. Der Entscheid fiel mit 120 zu 52 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Eine grössere Nähe zur Organisation und deren Personal sei nützlich, begründete Kommissionssprecher Martin Landolt (Mitte/GL) die Notwendigkeit einer ständigen Delegation. Die Mitglieder der Bundesversammlung könnten so von der OECD regelmässig über den Stand der laufenden Arbeiten informiert werden, begrüßte auch der Bundesrat den Schritt. Dies sei ein Mehrwert. Die SVP stellte dies in Abrede beantragte erfolglos Nichteintreten auf die Vorlage.

Asyl

Abgewiesene Asylsuchende sollen künftig zu einem Covid-Test gezwungen werden können, wenn dieser für die Ausschaffung verlangt wird. Nachdem das Parlament einer entsprechenden Vorlage zugestimmt hatte, bejahte der Nationalrat nun die Dringlichkeit des Gesetzes, mit 103 zu 76 Stimmen jedoch nur knapp. Damit die Dringlichkeitsklausel in Kraft tritt, benötigt es die absolute Mehrheit in beiden Räten. Als nächstes ist der Ständerat am Zug. Stimmt auch er mit der notwendigen Stimmenzahl zu, kann das Gesetz zur Durchsetzung von Zwangstests unmittelbar nach den Schlussabstimmungen am Ende der Herbstsession in Kraft treten - unabhängig davon, ob später ein Referendum gegen die Vorlage zustande kommt.

Bundesverfassung

2023 soll das 175-jährige Bestehen der Bundesverfassung von 1848 im und um das Bundeshaus gebührend gefeiert werden. Der Nationalrat hat einen Vorstoss von Ständerat Hans Stöckli (SP/BE) als Zweitrat mit 120 zu 50 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Einzig die SVP wehrte sich aus finanziellen und ordnungspolitischen Gründen gegen das Vorhaben. Zentraler Festakt wird ein Tag der offenen Tür für die Bevölkerung im Parlamentsgebäude und weiteren Gebäuden des Bundes sein. Auf dem Bundesplatz könnten Konzerte stattfinden.

Kinderpornografie

Der Bundesrat muss einen Bericht verfassen zur Rolle der Bundespolizei (Fedpol) bei der Bekämpfung der Pädokriminalität im Internet. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Postulat von Yvonne Feri (SP/AG) mit 127 zu 62 Stimmen überwiesen. Feri hegt den Verdacht, dass eine wirksame Bekämpfung an fehlenden personellen und technischen Ressourcen des Fedpol scheitert. Ebenfalls vom Rat überwiesen wurde ein Postulat von Fabio Regazzi (Mitte/TI), das dem Livestreaming von Kindesmissbrauch im Internet einen Riegel schieben soll. Justizministerin Karin Keller-Sutter hielt vergeblich dagegen, entsprechende Berichte brächten keinen Mehrwert. In der Sache selbst seien die Kantone zuständig und verfügten über die dafür geeigneten Instrumente.



Linksextremismus

Die Gruppierung Antifa (Antifaschistische Aktion) wird nicht verboten. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Postulat von Andreas Glarner (SVP/AG) mit 137 zu 52 Stimmen abgelehnt. Laut Verteidigungsministerin Viola Amherd ist die linksextreme Szene zwar eine ernstzunehmende Bedrohung, und gewaltsame Aktionen hätten jüngst zugenommen. Eine akute Bedrohung für das Staatswesen sei indes nicht auszumachen. Glarner verlangte die Einstufung der Antifa als terroristische Gruppierung und deren Verbot. In vielen grossen Städten diktiert sich durch gewalttätige Störaktionen gegen Andersdenkende, "welche Demonstrationen erlaubt sind und welche nicht".

Schengen-Aussengrenze

Einem stärkeren Engagement der Schweiz im europäischen Frontex-Programm steht nichts mehr im Weg. Nach dem Ständerat hat am Mittwoch auch der Nationalrat die Vorlage gegen erbitterten Widerstand der Ratslinken gutgeheissen. Wie der Ständerat hat auch die grosse Kammer den höheren Beitrag der Schweiz von neu 61 statt 14 Millionen Franken pro Jahr mit humanitären Abfederungen verbunden. Die Schweiz stellt künftig auch mehr Personal. Eine Erhöhung des Kontingents für Resettlement-Flüchtlinge auf mindestens 4000 Personen pro Jahr lehnte das Parlament ab. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.

Tabakprodukte

Das Parlament hat sich auf ein Tabakproduktegesetz mit neuen Werbe- und Sponsoringvorschriften geeinigt. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen in der Vorlage bereinigt. Der letzte Akt bei den Beratungen stand sinnbildlich für die jahrelange Diskussion über das Gesetz: Die Ratslinke versuchte zusammen mit der GLP einen restriktiveren Umgang mit Tabakprodukten durchzusetzen, scheiterte aber. Der Nationalrat wollte schliesslich nichts von einem Verbot von Mentholzigaretten wissen und folgte somit dem Ständerat. Aus Sicht der Linken ist die gesamte Vorlage eine "Alibiübung". Sie setzen auf die Tabakwerbeverbotsinitiative, die voraussichtlich im nächsten Jahr zur Abstimmung kommt. Initiative und Gegenvorschlag sind bereit für die Schlussabstimmung.

Organspende

Wer nach seinem Tod keine Organe spenden möchte, soll dies künftig explizit festhalten müssen. Angehörige sollen aber eine Organspende ablehnen können. Der Nationalrat hat die letzten Details der erweiterten Widerspruchslösung geklärt. Damit ist der indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Organspende fördern - Leben retten" bereit für die Schlussabstimmung. Die Volksinitiative empfehlen Bundesrat und Parlament zur Ablehnung. Es ist wahrscheinlich, dass es zu keinem Urnengang kommt, weil die Initiative zurückgezogen werden dürfte.

Erdbebenversicherung

Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für die Einführung einer schweizweiten Erdbebenversicherung ausgesprochen - mit 108 zu 76 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Im Zentrum steht eine Lösung mit einer Eventualverpflichtung für Hausbesitzer. Diese Lösung hatte die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats (Urek-S) vorgeschlagen. Nach dem Ja beider Räte zu einem entsprechenden Vorstoss ist nun der Bundesrat am Zug. Er soll gemäss Motionstext die verfassungsrechtlichen und/oder gesetzlichen Grundlagen für die Schaffung einer landesweiten Erdbebenversicherung mittels einem System der Eventualverpflichtung schaffen. Bisher sind alle Pläne für eine nationale Versicherungslösung gescheitert.



Familienbesteuerung

Der Nationalrat will neben dem höheren Steuerabzug für extern betreute Kinder an keinen weiteren Schrauben drehen. Im Gegensatz zum Ständerat lehnt er eine Erhöhung des Elterntarifes von 251 auf 300 Franken pro Kind ab. Das hat die grosse Kammer mit 112 zu 79 Stimmen entschieden. SP, Grüne, FDP und GLP wehrten sich gegen den zusätzlichen Steuerabzug für Kinder. SVP und Mitte wollten dem Ständerat folgen und die Vorlage - zu Gunsten aller Familien - ergänzen. Dies würde jährliche Mindereinnahmen von rund 69 Millionen Franken bedeuten. Über die Frage des Elterntarifes muss nun noch einmal der Ständerat befinden. Bereits einigen konnten sich die Räte darauf, dass Eltern für Kinderbetreuungskosten künftig bis zu 25'000 Franken statt wie heute 10'100 Franken von der direkten Bundessteuer abziehen können.

Bundesfinanzen

Das Parlament hat verschiedenen Nachtragskrediten im Umfang von 411 Millionen Franken zugestimmt. Der Bundesrat beantragte das Geld unter anderem für den Bahninfrastrukturfonds (BIF), für Mehrausgaben der Corona-Pandemie und Massnahmen gegen den Klimawandel. Nach dem Ständerat hiess auch der Nationalrat die Nachtragskredite gut - mit 155 zu 39 Stimmen respektive 153 zu 41 Stimmen. Damit ist die Vorlage bereinigt. An den BIF gehen 233 Millionen Franken. 102 Millionen Franken sind etwa dafür bestimmt, um die Verluste bei den weggefallenen Bahntrasse-Einnahmen auszugleichen, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte. 164 zusätzliche Millionen Franken fallen zur Bewältigung der Corona-Pandemie an.

Immobilienbotschaft

Der Nationalrat hat die Immobilienbotschaft 2021 ohne Gegenstimme gutgeheissen. Damit genehmigte er Kredite in Höhe von knapp 365 Millionen Franken. Die grössten Posten sind ein neues Schwimmsportzentrum in Tenero TI und ein Neubau im Verwaltungszentrum in Zollikofen BE. Grösstes Einzelvorhaben ist der Ersatzneubau des Schwimmzentrums in Tenero TI. Für ihn sind 91,8 Millionen Franken veranschlagt. Mit dem Neubau werden ideale Bedingungen für Breiten- und Spitzensport im Sommer und Winter geschaffen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Vereine

Mehr gemeinnützige Sport- und Kulturvereine sollen von der Mehrwertsteuer befreit werden. Der Nationalrat hat eine entsprechende Vorlage seiner Wirtschaftskommission angenommen. Demnach soll die geltende Umsatzlimite von 150'000 auf 200'000 Franken erhöht werden. Der Nationalrat stimmte der Änderung des Mehrwertsteuergesetzes mit 170 zu 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu. Die Mehrwertsteuer stelle für gemeinnützige Sport- und Kulturvereine einen erheblichen finanziellen und administrativen Aufwand dar, der Ressourcen binde, die nicht für die Erfüllung der Aufgaben dieser Organisationen genutzt werden könnten, sagte Kommissionssprecherin Daniela Schneeberger (FDP/BL). Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Der Bundesrat lehnt das Ansinnen ab.

Gentechnik-Moratorium

Der Nationalrat hat das Moratorium für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft um weitere vier Jahre bis Ende 2025 verlängert. Er hat die entsprechende Botschaft des Bundesrates am Donnerstag mit 144 zu 27 Stimmen bei 19 Enthaltungen gutgeheissen. Das Geschäft geht an den Ständerat. Die Befürworter der Verlängerung des Moratoriums betonten unisono, das Moratorium betreffe die Forschung ausdrücklich nicht.



Zudem erhalte man damit mehr Zeit, um in vier Jahren faktenbasierte Entscheidungen über das weitere Vorgehen in dieser komplexen Thematik fällen zu können. FDP und GLP stellten vergeblich Anträge für die Entbindung der neuen gentechnischen Verfahren wie der Genom-Editierung vom Moratorium. Das Moratorium besteht seit 2005 nach dem Ja zu einer Volksinitiative. Es soll nun bereits zum vierten Mal verlängert werden.

Flugticketabgabe

Der Nationalrat hat neun Standesinitiativen abgelehnt, die die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Flugtickets, einer nationalen Kerosinsteuer oder beides verlangen. Der Rat will die klimapolitischen Massnahmen im Flugverkehr stattdessen umfassend diskutieren. SP und Grüne stimmten jeweils für die Initiativen. Stimmen kamen aber auch aus der Mitte. Eine Mehrheit befand jedoch, dass nach dem Nein zum CO₂-Gesetz, das eine Flugticketabgabe beinhaltete, ein solcher Schritt nicht angebracht sei. Weil der Ständerat die Initiativen zuvor schon ablehnte, haben sich die Vorstösse mit dem Entscheid des Nationalrats erledigt.

Blaulichtorganisationen

Das Verkehrssicherheitsprogramm Via sicura soll so angepasst werden, dass Blaulichtorganisationen im Einsatz auch in den Zonen mit Tempolimit 30 in der Nacht ihrer Arbeit nachkommen könnten - ohne dass sie unverhältnismässige und ungerechtfertigte Strafen fürchten müssten. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion von Olivier Feller (FDP/VD) mit 172 zu 20 Stimmen angenommen. Der Vorstoss geht an den Ständerat.

Sexualstrafrecht

Eine Standesinitiative des Kantons Tessin, die höhere Strafen für Sexualdelikte verlangt, ist vom Tisch. Nach dem Ständerat hat ihr auch der Nationalrat mit 123 zu 55 bei 2 Enthaltungen keine Folge gegeben. Grund dafür sind die laufenden Arbeiten am Sexualstrafrecht. Der Ständerat hat vom Bundesrat bereits eine entsprechende Revision bestellt. Dabei geht es neben höheren Strafen auch um die Umschreibung der Straftat der Vergewaltigung. Es bestehe somit kein Bedarf für ein weiteres Gesetzgebungsprojekt, sagte Kommissionssprecherin Sibel Arslan (Grüne/BS). Der Strafraum könne im Rahmen der hängigen Revision geprüft und eventuell angepasst werden. Die Vorlage soll nächstes Jahr vom Parlament behandelt werden.

Erfreulichste Meldung der Woche: In Brief an Bundesrat: Nationalräte machen sich für Gratis-Tests stark

Das Parlament erhöht den Druck: Der Bund soll die Kosten für Covid-Tests weiterhin übernehmen. Das fordert die Gesundheitskommission des Nationalrats in einem Schreiben an den Bundesrat.

Seit der Ausdehnung der Zertifikatspflicht erscheint der Entscheid des Bundesrats, dass asymptomatische Personen ihre Coronatests selber bezahlen müssen, in einem neuen Licht. Die Gesundheitskommission des Nationalrats fordert daher den Bundesrat auf, seinen Entscheid zu überdenken und die Kosten für die Covid-Tests weiterhin zu übernehmen. Der Entscheid fiel mit 16 zu 6 Stimmen bei drei Enthaltungen, wie die Parlamentsdienste am Mittwoch mitteilten. Damit erhöht die Kommission den Druck auf den Bundesrat. Die Landesregierung dürfte am Freitag in der Frage nochmals über die Bücher gehen.



Denkbar ist, dass die Kostenpflicht für die Tests erst ab November oder Dezember gilt. Eine Ausnahme könnte es auch geben für Menschen, welche bereits die erste Impfdosis erhalten haben.

Der Kommission dürfte das zu wenig weit gehen. Sie fordert, dass die Tests generell gratis bleiben. Die Mehrheit argumentiert, dass die Tests neben den Impfungen wichtig seien, «damit das Gesundheitswesen nicht mit aufwendig zu betreuenden Covid-19-Erkrankten überlastet wird». Infektionen könnten entdeckt und Ansteckungen verhindert werden. Zudem befürchtet die Kommission, dass das Recht auf Bildung eingeschränkt wird – nämlich dann, wenn ungeimpfte Studierende an Hochschulen mit Zertifikatspflicht nur noch am Präsenzunterricht teilnehmen können, wenn sie Geld für die Tests haben.

Bern, im September 2021
David Zuberbühler